Gläubigerschutz in Serbien.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Wien, 5. Mai.

Sehr bald nach der Besetzung Serbiens und Montenegros durch die verbündeten Truppen ist aus Industrie- und Handelskreisen der Monarchie die Forderung laut geworden, Maßnahmen zum Schutz der bedeutenden Außenstände in Serbien zu treffen. Von allen Kriegsgebieten dürfte ja Serbien, das sich vom Balkankrieg wirtschaftlich nicht ganz erholt hatte, am meisten gelitten haben und in keinem die öffentliche Ordnung so völlig aufgehoben gewesen sein, wie in Serbien beim Einmarsch unserer Truppen. Es ist das Verdienst der Wiener Handelskammer, diese Forderung aufgegriffen und eine Aktion in diesem Sinne bei den maßgebenden Militär- und Zivilbehörden angeregt zu haben. Die Handelskammer hat schon zu Ende des vorigen Jahres entsprechende Eingaben an das Militärgouvernement für die südöstlichen Gebiete gemacht, das sich aber damals darauf beschränkte, ein Veräußerungs- und Belastungsverbot von serbischen Liegenschaften zu erlassen, die der wichtigste Vermögensteil der serbischen Volkswirtschaft geblieben waren. Dadurch war jedoch noch nicht die Möglichkeit ausgeschaltet, daß trotz der Schwierigkeit des Reiseverkehrs mit Serbien einzelne Gläubiger Gelegenheit erhielten, sich auf Kosten der anderen zu befriedigen, und daß serbische Schuldner, sofern ihnen bewegliches Vermögen, Warenvorräte usw. geblieben waren, diese zum Nachteil ihrer feindlichen Gläubiger verschleppten. Vor kurzem hat nun das Militärgouvernement zwei weitere Verordnungen erlassen, durch die von der Militärverwaltung die Aufsicht über Unternehmungen jeder Art verhängt werden kann, wenn sie im öffentlichen Interesse gelegen ist, und ein Zahlungsverbot aus den besetzten südöstlichen Gebieten an das feindliche Ausland erlassen ist. (Dieses Zahlungsverbot wurde deshalb erst jetzt erlassen, weil Serbien selbst von einem Zahlungsverbot gegen die Mittelmächte seit Kriegsbeginn abgesehen hatte.) Damit ist jedoch der Schutz der österreichischen, ungarischen und deutschen Gläubiger noch nicht hinreichend gewährleistet, und darum hat die Wiener Handelskammer vor einiger Zeit die Gründung einer Gläubigerschutzzentrale für die südöstlichen okkupierten Gebiete angeregt, die auch die Interessen der reichsdeutschen Gläubiger wahrnehmen soll. Der Anregung der Wiener Kammer hatten sich bisher in Deutschland der Verein der Fabrikanten und Großhändler der Textilindustrie und verwandten Branchen in Elberfeld, einer der führenden deutschen Gläubigerschutzverbände, und der Verband zur Sicherung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland in Barmen angeschlossen. Die Verhandlungen über die Gründung der Zentrale stehen vor dem Abschluß, und sowohl Militär als Zivilbehörden dürften in Kürze die erforderlichen Verfügungen treffen.

Die Gläubiger-Schutzzentrale will in Belgrad und nach Bedarf auch an anderen Orten des serbisch-montenegrinisch-albanischen Okkupationsgebietes Geschäftsstellen errichten, deren leitende Organe durch die k. und k. Militärbehörden bestätigt werden. Aufgabe der Geschäftsstellen ist es, insbesondere die Verbindung zwischen Schuldnern und Gläubigern herzustellen, Vereinbarungen zu treffen und die Durchführung zu überwachen. Gläubiger, welche die Dienste der Organisation in Anspruch nehmen, haben grundsätzlich die auf ihre Forderungen entfallenden Barauslagen zu tragen sowie einen Regiezuschlag zu entrichten, der 1 pCt. nicht übersteigen soll und im Falle der Uneinbringlichkeit der Forderungen auf $\frac{1}{2}$ pCt. ermäßigt werden kann. Die Organisation selbst ist nicht auf Gewinn berechnet. Die Rechte aller Gläubiger eines Schuldners, welche die Dienste der Zentrale in Anspruch nehmen, sollen gleichmäßig, aber unter steter Bedachtnahme auf die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Existenz des Schuldners ohne jede Bevorzugung gewahrt und die Ansprüche der einzelnen Gläubiger gleichmäßig befriedigt werden.

Die Unterstützung, die die Zentrale vom Armeekommando bzw. dem Militär-Generalgouvernement in Belgrad verlangt, würde folgender Art sein: Das serbische Moratorium soll vorläufig im wesentlichen bestehen bleiben, Abbaubestimmungen sollen nur nach Fühlungnahme mit der Gläubigerschutzzentrale verfügt werden. Die militärischen Behörden sollen weiter Verordnungen über die administrative Geschäftsaufsicht nach Art der in Polen verfügten erlassen, damit man die Möglichkeit erhält, serbische Schuldner unter Bewachung zu stellen. Die Leiter der Geschäftsstellen der Zentrale hätten dabei als beratende Organe der zuständigen militärischen Verwaltungsbehörden zu dienen und würden das Recht der Antragstellung auf Einführung und Aufhebung der Geschäftsaufsicht erhalten. Ferner ergeht eine Verordnung über die individuelle Beschränkung des Rechtes einzelner Schuldner, Vermögenswerte und Rechte zu übertragen, ohne daß damit die Verhängung der Geschäftsaufsicht verbunden ist, was als polizeiliche Maßnahme für solche Fälle gedacht ist, in denen die relative Geringfügigkeit der vorhandenen Vermögenswerte und Verpflichtungen die umständlichere und mit Kosten verbundene Geschäftsaufsicht nicht erfordern würde. Weiter sollen die zuständigen Militärbehörden auf dem Verwaltungswege im Einvernehmen mit den Geschäftsstellen der Zentrale den Stand jener Schuldner ermitteln, deren Passiven den Hauptteil der serbischen Verpflichtungen ausmachen. Dabei handelt es sich nur um eine geringe Anzahl von großen Unternehmungen, die ohnehin nur in Belgrad und einigen größeren Orten ihren Sitz haben, und schließlich wäre die Zahlungsfähigkeit serbischer Schuldner dadurch zu erhöhen, daß durch entsprechende administrative Verfügungen ihnen die Sicherstellung und Eintreibung ihrer eigenen Außenstände im serbischen Inland erleichtert würde.